

Rede des Abg. Alfons Gerling (CDU):

zu

Große Anfrage betreffend Politik für Seniorinnen und Senioren in Hessen

Drucks. 18/4209

14.12.2011

Frau Präsidentin,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Beantwortung der Großen Anfrage zur Seniorenpolitik gibt uns ein umfassendes Bild, wie sich die Situation der Seniorinnen und Senioren in Hessen darstellt – ein Bild, das überwiegend positiv stimmt. Denn es wird deutlich: Die ältere Generation empfindet sich nicht als Randgruppe, sondern sie ist aktiv. Sie nimmt am gesellschaftlichen Leben teil. Sie möchte mitwirken und mitgestalten und sich vor allem nicht bevormunden lassen, auch nicht von der Politik. Vor allem merkt sie, wenn unrealistische Forderungen aufgestellt und ihr Versprechungen gemacht werden, wie das von Ihnen, Frau Schott, wieder der Fall war.

Die Seniorinnen und Senioren wollen auch keine fertigen Konzepte übergestülpt bekommen, sondern in die Planungen und Entscheidungen, die sie betreffen, einbezogen werden. Das begründet auch ihr großes Engagement in den Seniorenbeiräten, in den Kommunen und auch auf Landesebene.

Die Beantwortung der Großen Anfrage zeigt auch: Ein negatives Bild vom Alter, das gerne gleichgesetzt wird mit Hilfsbedürftigkeit, Krankheit und Pflege, hat mit der Lebenswirklichkeit wenig zu tun. Vielmehr ist in der älteren Generation ein enormes Potenzial. Viele ältere Menschen bleiben länger gesund, sind aktiver, mobiler und besser ausgebildet denn je, und das bei ständig steigender Lebenserwartung. Sie genießen es, ihren dritten Lebensabschnitt so zu gestalten, wie sie es möchten.

Das führt dazu, dass sie sich in hohem Maße in unserer Gesellschaft engagieren, ob in den Familien, in den Vereinen, in den Verbänden oder in der Politik. Viele von ihnen sind ehrenamtlich tätig. Bei den über 65-Jährigen sind es über 40 %. Keine andere Altersgruppe ist im Ehrenamt so stark vertreten. Sie sind ein Aktivposten in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ohne dieses Engagement wäre unsere Gesellschaft viel ärmer und kälter. Von Bedeutung ist deshalb, dass die Landesregierung das ehrenamtliche Engagement seit Jahren mit zahlreichen Maßnahmen fördert und unterstützt und damit das Ehrenamt würdigt und aufwertet – und das ist gut so.

Meine Damen und Herren, der demografische Wandel wird unser Land vor große Herausforderungen stellen. Es handelt sich um einen vielschichtigen und komplexen Prozess. Er führt wegen der zu niedrigen Geburtenraten zu einem anhaltenden Rückgang der Bevölkerungszahl und hat ein steigendes Durchschnittsalter zur Folge, weil die Menschen Gott sei Dank immer älter werden, was aber auch eine Veränderung der Strukturen der Gesellschaft zur Folge hat. Dies betrifft den Arbeitsmarkt, die sozialen Sicherungssysteme, die notwendige Anpassung der öffentlichen Infrastruktur, das Wohnen im Alter und nicht zuletzt auch die Bildungs- und Familienpolitik. Gleichzeitig erwarten die Bürgerinnen und Bürger, dass ihnen im Alter ein leistungsfähiges Gesundheitssystem zur Verfügung steht – mit guter ärztlicher Versorgung sowie den erforderlichen Gesundheits- und Pflegediensten.

Ein Weiteres hat die Beantwortung der Großen Anfrage gezeigt. Es gibt nicht „das“ Alter, sondern eine große Bandbreite an verschiedenen Lebensverhältnissen älterer Menschen – mit großen Unterschieden, was die Leistungsfähigkeit und was die Lebensstile und Lebensbedingungen betrifft. Auf diese unterschiedlichen Lebensverhältnisse muss die Politik flexibel eingehen und differenzierte Angebote und Hilfen bereitstellen.

Dabei kommt der Wohnung und dem Wohnumfeld eine immer höhere Bedeutung zu. Hier muss Barrierefreiheit zur Normalität werden, um älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen ein selbstständiges Leben zu ermöglichen. Das gilt insbesondere auch für mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Meine Damen und Herren, Hessen hat seit jeher in der Seniorenpolitik Maßstäbe gesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb unterstützt die CDU-Landtagsfraktion nachdrücklich die jetzt vom Hessischen Sozialminister Grüttner eingeleitete „Seniorenpolitische Initiative“, mit der die Seniorenpolitik in unserem Land eine noch höhere Priorität erhalten soll. Im Dialog mit den für die Senioren tätigen Institutionen sollen mit dieser Initiative Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit ältere Menschen in einer selbstständigen Lebensführung noch besser unterstützt werden können und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gefördert werden kann. Die Infrastruktur für eine menschenwürdige Betreuung bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit weiter auszubauen wird in den nächsten Jahrzehnten eine große Herausforderung sein.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch kurz auf einen weiteren Punkt der Großen Anfrage eingehen, nämlich auf die wirtschaftliche Situation der älteren Generation. Den meisten Rentnern in Hessen geht es heute finanziell im Großen und Ganzen gut. Das gilt aber sicher nicht für alle. Wir werden in den kommenden Jahren stärker mit dem Thema Altersarmut konfrontiert sein. Hier muss rechtzeitig gegengesteuert werden. Für die CDU gilt der Grundsatz: Wer altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheidet und mehrere Jahrzehnte gearbeitet hat, muss eine auskömmliche Rente haben, dem muss ein Leben in Würde ermöglicht werden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, zum Dringlichen Antrag der LINKEN betreffend die ansteigende Zahl älterer Grundsicherungsempfänger in Hessen möchte ich Folgendes anmerken. Nach den uns bekannten Zahlen gibt es in Hessen keinen überdurchschnittlich hohen Anteil an Grundsicherungsempfängern. Tatsache ist aber auch, dass immer mehr Ältere in Pflegeeinrichtungen Grundsicherungsleistungen in Anspruch nehmen müssen, die Pflegeversicherung die Kosten nicht in vollem Umfang abdeckt und oft auch die Rente nicht ausreichend ist. Insofern wird es auch künftig eine Steigerung der Zahl der Grundsicherungsempfänger geben. Wir hoffen, von der „Seniorenpolitischen Initiative“ genauere Informationen zur wirtschaftlichen Situation der älteren Menschen in Hessen zu erhalten, um der Altersarmut auf Bundes- und Landesebene entgegenwirken zu können.

Die Antwort der Landesregierung hat uns deutlich gemacht, dass sich die Seniorenpolitik in den letzten Jahren gut weiterentwickelt hat und auch künftig ein Schwerpunkt dieser Hessischen Landesregierung sein wird. Die ältere Generation weiß auch, dass sie für ihre Belange in der Landesregierung, in der CDU-Landtagsfraktion und bei unserem Koalitionspartner FDP verlässliche Partner hat. Die CDU-Fraktion nimmt die Antwort der Landesregierung zustimmend zur Kenntnis und lehnt den Antrag der LINKEN ab.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)